



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreistag

Es informiert Sie:	Nico Hüsgen
Telefon:	02104/99-1223
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	nico.huesgen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 19.12.2019

Niederschrift

zur Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin Montag, den 16.12.2019, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

(mit Ausnahme zu TOP 8)

Mitglieder

Eleonore Altvater

Ina Besche-Krastl

Jens Bosbach

Ernst Buddenberg

Jürgen Bullert

Torsten Cleve

Wolfgang Diedrich

Monika Dinkelmann

Detlef Ehlert

Bernd Falkenau

Ria Angelika Garcia Rodriguez

(ab 15:36 Uhr)

Harald Giebels

Karl-Heinz Göbel

Alexandra Gräber

Ursula Greve-Tegeler

Dr. Tina Guenther

Brigitte Hagling

Martina Hannewald

Gabriele Hruschka

(ab 15:03 Uhr)

Rainer Hübinger

(ab 16:02 Uhr)

Dr. Bernhard Ibold

Ingmar Janssen

Marc Kammann
Marion Klaus
Ursula Klützke
Max Kompalik
Rainer Köster
Martina Köster-Flashar

Rolf Kramer

(ab 15:35 Uhr)

Manfred Krick

Ilona Kuchler

Thomas Küppers

Norbert Lang

Nils Lessing

Gerd Lungen

Waldemar Madeia

Annette Mick-Teubler

Klaus Müller

Volker Münchow

Marianne Münnich

Jens Niklaus

Reinhard Ockel

Dr. Anna-Tina Pannes

Anja Prüßmeier

Maximilian Rech

Dieter Roeloffs

Klaus Rohde

Helmut Rohden

Carola Rotert

Michael Ruppert

Sybille Schettgen

Rainer Schlottmann

Günter Schmickler

Hans-Dieter Schneider

Norbert Schreier

Manfred Schulte

Andreas Seidler

Dr. Norbert J. Stapper

(ab 15:13 Uhr)

Margret Stolz

Udo Switalski

Peter Thomas

Bernd Tondorf

Hartmut Toska

Christine Trube

Dietmar Viehöver

Ewald Vielhaus

Klaus-Dieter Völker

Dietmar Weiß

Axel C. Welp

Peter Werner

Sebastian Wladarz

Verwaltung

Maxine Dey

Susanne Frindt-Poldauf

Katharina Goldschmidt

Dirk Haase

Ulrike Haase

Nils Hanheide

Daniela Hitzemann

Nico Hüsgen
Thomas Jarzombek
Jutta Pilz
Martin M. Richter
Martin Schlüter
Christian Schölzel

Gäste

Birgit Alkenings
Anja Franke
Thomas Grieger
Björn Kerkmann
Thorsten Schmitz
Frank Schneider
Christoph Schultz
Dr. Bettina Warnecke

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.10.2019
3. Informationen der Verwaltung
4. Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung NRW
5. Umbesetzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien 01/027/2019
6. Neukonzeption des Sonderfonds „Menschen in Konfliktsituationen“ 01/029/2019/1
7. neanderland BIENNALE 2019 - Rückschau und Ausblick 10/035/2019
8. Gesamtabschluss 2017 14/011/2019
9. Ausstieg aus dem Bergischen Studieninstitut (BSI) 20/052/2019
10. Behandlung des Gesamtjahresüberschusses aus dem bestätigten Gesamtabschluss 2017 20/059/2019
11. Änderung der Satzung für das Notararztssystem des Kreises Mettmann 32/030/2019

12.	Beitritt des Kreises Mettmann zum Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) zum 01.01.2020 und Auflösung der Chemischen- und Lebensmitteluntersuchungskooperation mit der Landeshauptstadt Düsseldorf zum 31.12.2021	39/004/2019
13.	15. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung im Kreis Mettmann	70/015/2019
14.	Einrichtung einer Interdisziplinären Frühförderstelle des Kreises Mettmann in Velbert	57/013/2019
15.	Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2020/2021 des Kreises Mettmann -Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte zum Haushaltsentwurf 2020/ 2021	20/058/2019/1
16.	Stellenplan 2020 / 2021	10/031/2019/1
17.	Personalkostenbewirtschaftung - Budgetentwicklung 2020 / 2021	01/020/2019/1
18.	Haushalt 2020/2021 1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2020/2021 a) Gesamtergebnisplan b) Gesamtfinanzplan 2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2020/2021	20/056/2019/1
19.	Verabschiedung des aktualisierten Gewaltschutzkonzeptes	01/028/2019
20.	Gutachten zur Organisationsform der Tourismusaktivitäten des Kreises Mettmann/ neanderland – Abschlussbericht	10/034/2019/1
21.	Erste Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) - "Mehr Wohnbauland am Rhein" - Stellungnahme des Kreises Mettmann im Rahmen eines zweiten Beteiligungsverfahrens	61/042/2019
22.	365 Euro Ticket für den Kreis Mettmann hier: Antrag der Gruppe PIRATEN vom 20.11.2019	20/061/2019
23.	Nachträge	
	Modellvorhaben ermäßigte ÖPNV-Jahrestickets	20/062/2019
23.1.	hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2019	
	Bus on demand	20/063/2019
23.2.	hier: Antrag der Gruppe Piraten vom 05.12.2019	
	Überprüfung bestehender Verwaltungsvereinbarungen	23/022/2019
23.3.	hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2019	
	Resolution "Für einen gerechten Gewerbesteuersatz"	20/064/2019

- 23.4. hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 05.12.2019
 Resolution zum Erhalt des Osterholzer Waldes 61/049/2019
 23.5. hier: Antrag der Gruppe PIRATEN vom 06.12.2019

Nicht öffentlicher Teil

24. Informationen der Verwaltung
25. Auswahl der Preisträger für den ersten Ehrenamtspreis des Kreises Mettmann 01/031/2019/1
26. Bestellung einer Prüferin 14/004/2019
27. Bestellung eines Prüfers 14/008/2019
28. Abberufung eines Prüfers 14/009/2019
29. WFB Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH
 - Genehmigung des Wirtschaftsplans 2020 20/053/2019
30. Nachträge
- Abschlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes 14/019/2019
 30.1. hier: Anfrage der Fraktion UWG-ME vom 11.12.2019
- Beförderung von Amtsleiterinnen
 30.2.

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit fest. KA Degner, KA Hoffmann, KA Müller, KA Thiele, KA Schwierzke und KA Söhnchen fehlen entschuldigt. KA Ottweiler fehlt.

Er begrüßt die anwesenden Bürgermeister und Kämmerer der kreisangehörigen Städte sowie Frau Hornhardt und den Vorstand der Kreissparkasse.

Anschließend stellt Landrat Hendele die Beschlussfähigkeit fest. Er weist darauf hin, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil fristgerecht um die Tagesordnungspunkte

- Modellvorhaben ermäßigte ÖPNV-Jahrestickets
 23.1. hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2019
- Bus on demand
 23.2. hier: Antrag der Gruppe Piraten vom 05.12.2019
- Überprüfung bestehender Verwaltungsvereinbarungen
 23.3. hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2019
- Resolution "Für einen gerechten Gewerbesteuersatz"
 23.4. hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 05.12.2019

23.5 Resolution zum Erhalt des Osterholzer Waldes
hier: Antrag der Gruppe PIRATEN vom 06.12.2019

und im nicht-öffentlichen Teil um den Tagesordnungspunkt

30.1 Abschlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes
hier: Anfrage der Fraktion UWG-ME vom 11.12.2019

erweitert wurde.

Zusätzlich weist er, aufgrund besondere Dringlichkeit, auf die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt 30.2 „Beförderungen von Amtsleiterinnen“ hin, womit sich die Kreistagsabgeordneten einverstanden zeigen.

Zudem schlägt er vor, die Beratung zu Tagesordnungspunkt 10 vorzuziehen, um diesen im Anschluss an TOP 8 zu beraten. Ferner soll TOP 15 nach TOP 17 beraten werden. Die Kreistagsmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise zu.

Des Weiteren führt Landrat Hendele aus, dass die Tagesordnungspunkte 22 und 23.1 eine inhaltliche Überschneidung aufweisen, sodass es sinnvoll sei, diese gemeinsam zu beraten.

Die Tagesordnung wird in ihrer modifizierten Fassung festgestellt.

Anschließend weist Landrat Hendele darauf hin, dass für die papierbeziehenden Kreistagsmitglieder folgende Unterlagen auf den Tischen ausliegen:

- zu TOP 3: Die Bürgeranregung der Jungen Union vom 06.12.2019
- zu TOP 5: Die Umbesetzungsvorschläge von Ausschüssen und sonstigen Gremien
- zu TOP 18: Ergänzungsvorlage Haushalt 2020/2021 samt Anlagen
- zu TOP 30.2: Die Vorlage zur Beförderung von Amtsleiterinnen aus dem Kreis Ausschuss vom 05.12.2019 (11/007/2019)

Bis auf die Bürgeranregung der Jungen Union vom 06.12.2019 sind alle Unterlagen ebenfalls im Kreistagsinformationssystem eingestellt.

Abschließend gratuliert Landrat Hendele KA Göbel, KA Dinkelmann, KA Ockel und KA Lünge nachträglich zum Geburtstag und gratuliert zu folgenden Kreistagsjubiläen:

20 Jahre: KA Buddenberg, KA Giebels, KA Göbel, KA Klütze, KA Kramer, KA Schlottmann, KA Stolz

25 Jahre: KA Janssen, KA Ockel, KA Roeloffs, KA Schmickler

30 Jahre: KA Greve-Tegeler, KA Rohde, KA Tondorf, KA Welp

50 Jahre: KA Völker

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.10.2019
--

Die Niederschrift über die Sitzung vom 10.10.2019 wird genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Landrat Hendele weist auf die an den Tischen ausliegende Bürgeranregung der Jungen Union vom 06.12.2019 zum Thema „Umweltschonend unterwegs genießen – Einführung eines Mehrwegbechers für das to-go-Getränkeangebot im Kreis Mettmann“ (**Anlage 1**) hin und schlägt vor, die Anregung in den Anfang März anstehenden weiteren Klimaschutzberatungen zu bewerten und die Antragsteller anschließend über das Ergebnis zu unterrichten.

Des Weiteren informiert Landrat Hendele die Mitglieder des Kreistages darüber, dass Herr Kowalczyk zukünftig den Vorsitz der Kommunalen Konferenz Gesundheit, Alter und Pflege übernehmen werde.

Gemäß § 4 der Geschäftsordnung der KKGAP des Kreises Mettmann führt den Vorsitz in der GAP des Kreises Mettmann der Landrat oder der von ihm bestimmte Vertreter.

Zu Punkt 4: Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung NRW

Landrat Hendele stellt fest, dass ihm keine schriftlichen Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vorliegen. Er fragt, ob Einwohnerinnen und Einwohner anwesend sind, die Fragen stellen möchten. Dies ist nicht der Fall.

Zu Punkt 5: Umbesetzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien - Vorlage Nr. 01/027/2019
--

Landrat Hendele weist darauf hin, dass die Wahlvorschläge für die Umbesetzungen an den Plätzen ausliegen beziehungsweise digital im Kreistagsinformationssystem zur Verfügung stehen. Er fragt, ob weitere Umbesetzungsbedarfe bestehen. Dies ist nicht der Fall.

Wahl:

1. **Herr Christian Schölzel** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für Herrn Lothar Breitsprecher in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR gewählt.
2. **Herr Markus Kowalczyk** wird als stimmberechtigtes Mitglied und Nachfolger für Herrn Martin M. Richter zum 01.01.2020 in die Meinungsbildungskonferenz des Jobcenters ME-aktiv gewählt.
3. **Frau Marion Bayan** wird als stimmberechtigtes Mitglied und Nachfolgerin für Frau Ulrike Haase zum 01.01.2020 in die Meinungsbildungskonferenz des Jobcenters ME-aktiv gewählt.
4. **Herr Martin Klemmer** wird als stimmberechtigtes Mitglied und Nachfolger für Frau Marion Bayan zum 01.01.2020 in die Meinungsbildungskonferenz des Jobcenters ME-aktiv gewählt.
5. **Frau Svenja Gundlach** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolgerin für Herrn Martin Klemmer zum 01.01.2020 in die Meinungsbildungskonferenz des Jobcenters ME-aktiv gewählt.
6. **Herr Andreas Badry** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für Frau Svenja Gundlach zum 01.01.2020 in die Meinungsbildungskonferenz des Jobcenters ME-aktiv gewählt.

7. **Herr Markus Kowalczyk** wird als stimmberechtigtes Mitglied und Nachfolger für Herrn Martin M. Richter zum 01.01.2020 in die Trägerversammlung des Jobcenters ME-aktiv gewählt.
8. **Frau Marion Bayan** wird als stimmberechtigtes Mitglied und Nachfolgerin für Frau Ulrike Haase zum 01.01.2020 in die Trägerversammlung des Jobcenters ME-aktiv gewählt.
9. **Herr Martin Klemmer** wird als stimmberechtigtes Mitglied und Nachfolger für Frau Marion Bayan zum 01.01.2020 in die Trägerversammlung des Jobcenters ME-aktiv gewählt.
10. **Frau Svenja Gundlach** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolgerin für Herrn Martin Klemmer zum 01.01.2020 in die Trägerversammlung des Jobcenters ME-aktiv gewählt.
11. **Herr Andreas Badry** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolger für Frau Svenja Gundlach zum 01.01.2020 in die Trägerversammlung des Jobcenters ME-aktiv gewählt.
12. **Laura Niehoff** wird als stellvertretendes Mitglied und Nachfolgerin für KA Manfred Krick in den Sozialausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6: Neukonzeption des Sonderfonds „Menschen in Konfliktsituationen“ - Vorlage Nr. 01/029/2019/1
--

Landrat Hendele berichtet in Abwesenheit von KA Dr. Pannes über den Beratungsverlauf der Vorlage.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Neukonzeption des Sonderfonds „Menschen in Konfliktsituationen“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7: neanderland BIENNALE 2019 - Rückschau und Ausblick - Vorlage Nr. 10/035/2019

Landrat Hendele berichtet in Abwesenheit von KA Thiele über den Beratungsverlauf der Vorlage.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die neanderland BIENNALE 2021 wie vorgestellt umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8:	Gesamtabschluss 2017 - Vorlage Nr. 14/011/2019
--------------------	---

Vor Einstieg in die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 8 übergibt Landrat Hendele den Vorsitz an den stellvertretenden Landrat KA Ruppert.

KA Kuchler berichtet über den Beratungsverlauf der Vorlage.

Beschluss:

Der Kreistag stellt gemäß § 96 i.V.m. § 116 Abs. 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) i.V.m. § 53 Abs. 1 Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) den Gesamtabschluss zum 31.12.2017 fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 9:	Ausstieg aus dem Bergischen Studieninstitut (BSI) - Vorlage Nr. 20/052/2019
--------------------	--

Wie zu Beginn der Sitzung festgelegt, wird Tagesordnungspunkt 9 an die Stelle des Tagesordnungspunktes 10 gesetzt und dort beraten.

Landrat Hendele berichtet, dass KA Bosbach seine Befangenheit als Dozent angezeigt habe und an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum 31.12.2019 die Kündigung der Mitgliedschaft im Verein „Bergisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung e.V.“ auszusprechen. Die Mitgliedschaft ist dann nach zweijähriger Kündigungsfrist zum 31.12.2021 beendet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 10:	Behandlung des Gesamtjahresüberschusses aus dem bestätigten Gesamtabschluss 2017 - Vorlage Nr. 20/059/2019
---------------------	---

Wie zu Beginn der Sitzung festgelegt, wird Tagesordnungspunkt 10 an die Stelle des Tagesordnungspunktes 9 vorgezogen.

Vor Einstieg in die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 9 übergibt KA Ruppert den Vorsitz wieder an Landrat Hendele.

Beschluss:

Der im geprüften Gesamtabschluss 2017 festgestellte Gesamtjahresüberschuss in Höhe von 19.539.196,43 € wird in voller Höhe der Ausgleichsrücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 11: Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 32/030/2019

KA Kammann informiert als Berichterstatter über den Hintergrund der Vorlage sowie den Beratungsverlauf.

Beschluss:

1. Den Gebühren in Höhe von
 - 320,- € für den Einsatz eines Notarztes/ einer Notärztin,
 - 320,- € für den Einsatz eines Notarztes/ einer Notärztin bei der Verlegung eines Notfallpatienten/ einer Notfallpatientin und
 - 216,- € für den Einsatz eines Notarzteinsatzfahrzeugeswird unter Berücksichtigung der zu Grunde liegenden Gebührenkalkulation (*Anlage 1*) zugestimmt.
2. Die 13. Satzung zur Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann in der Fassung der *Anlage 2* wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 12: Beitritt des Kreises Mettmann zum Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) zum 01.01.2020 und Auflösung der Chemischen- und Lebensmitteluntersuchungskooperation mit der Landeshauptstadt Düsseldorf zum 31.12.2021 - Vorlage Nr. 39/004/2019
--

KA Kammann informiert als Berichterstatter über den Hintergrund der Vorlage sowie den Beratungsverlauf.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beitritt des Kreises Mettmann zum Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) als weiterer Träger der Anstalt des öffentlichen Rechts mit Wirkung zum 01.01.2020 insbesondere unter Festlegung der in der anliegenden Beitrittsvereinbarung festzuschreibenden Schritte zu vollziehen.
2. Die in der Chemischen- und Lebensmitteluntersuchung eingesetzten Tarifbeschäftigten werden dem CVUA-RRW gestellt, zwei verbeamtete Beschäftigte abgeordnet und drei verbeamtete Beschäftigte jeweils gegen Erstattung der Personalkosten zum CVUA-RRW übergeleitet.
3. Das Anlagevermögen der Untersuchungsabteilung 39-3 geht auf das CVUA-RRW mit dem Buchwert zum 31.12.2018 mit Wirkung zum 01.01.2020 über. Dabei wird der Buchwert auf die Differenz der Abfindungszahlungen der übergeleiteten Beamten zum Rückstellungsbetrag nach Handelsgesetzbuch angerechnet, sodass sich der zu zahlende Differenzbetrag des Kreises Mettmann für die übergeleiteten Beamten auf 670.000 € beläuft.
4. Die Verwaltung wird bevollmächtigt, die bestehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit den Kreisen Kleve und Viersen mit Wirkung zum 31.12.2020 sowie mit dem

Rhein-Kreis Neuss und der Stadt Mönchengladbach mit Wirkung zum 31.12.2021 zu kündigen.

5. Zudem wird die Verwaltung bevollmächtigt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung der Landeshauptstadt Düsseldorf mit dem Kreis Mettmann über die Kooperation in der Lebensmitteluntersuchung mit Wirkung zum 31.12.2021 einvernehmlich aufzulösen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 13:	15. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung im Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 70/015/2019
---------------------	---

KA Gräber informiert als Berichterstatterin über den Hintergrund der Vorlage sowie den Beratungsverlauf.

Beschluss:

Die 15. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung im Kreis Mettmann einschließlich der zugrundeliegenden Gebührenbedarfsberechnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 14:	Einrichtung einer Interdisziplinären Frühförderstelle des Kreises Mettmann in Velbert - Vorlage Nr. 57/013/2019
---------------------	--

KA Hagling informiert als Berichterstatterin über den Hintergrund der Vorlage sowie den Beratungsverlauf.

Beschluss:

Der Einrichtung einer Interdisziplinären Frühförderstelle im Förderzentrum Velbert wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 15:	Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2020/2021 des Kreises Mettmann -Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte zum Haushaltsentwurf 2020/ 2021 - Vorlage Nr. 20/058/2019/1
---------------------	---

Wie zu Beginn der Sitzung festgelegt, wird Tagesordnungspunkt 15 an die Stelle des Tagesordnungspunktes 17 gesetzt und dort beraten.

Bürgermeister Schneider spricht als Vorsitzender der Bürgermeisterkonferenz im Namen aller Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu den Anwesenden.

Er weist darauf hin, dass auch Bürgermeisterin Alkenings einen Redebeitrag leisten werde. Bürgermeister Schneider führt aus, dass er aufgrund der schlechter werdenden finanziellen Lage der kreisangehörigen Städte diese Möglichkeit der Rede nutze. Er befürchtet, dass sich diese Situation bei nachlassender Konjunktur noch einmal verstärken werde. Dabei bildet die Grundlage der Diskussionen die Stellungnahme der Kämmerer, die von allen uneingeschränkt geteilt werde.

Er möchte keine Auseinandersetzung mit einzelnen Haushaltspositionen, sondern vielmehr das Bewusstsein für die Situation der Städte schärfen und zugleich einen Appell senden. Bereits am 18.11.2019 habe es in der Bürgermeisterkonferenz diesbezüglich eine konstruktive Diskussion mit Landrat Hendele gegeben.

Darüber hinaus verweist Bürgermeister Schneider auf die teils dramatische finanzielle Lage der kreisangehörigen Städte, die in der Folge zu einer Streichung von freiwilligen Leistungen führe und auch zu einer fehlenden Finanzierung von Pflichtaufgaben. In dieser Hinsicht habe sich der Kreis Mettmann an den finanziell schlechter gestellten Städten zu orientieren, in welchen jede Stelle beziehungsweise deren Personalkosten auf Notwendigkeit überprüft werden müssen.

Demgegenüber stehen 40 neue Stellen für den Kreis Mettmann, bei denen die Notwendigkeit zum Teil fraglich sei.

Abschließend führt Bürgermeister Schneider aus, dass viele Kosten auf die kreisangehörigen Städte zukommen und gibt dabei zu beachten, dass die Städte funktionieren beziehungsweise handlungsfähig sein müssen, damit Bund und Land – und somit das gesamte Staatswesen ebenfalls funktionieren könne.

Bürgermeisterin Alkenings stellt dar, dass es im Vergleich zum vergangenen Jahr ein anderes Signal aus den kreisangehörigen Städten gebe. Dabei habe der Kreis Mettmann eine deutliche Stellungnahme der Kämmererrunde erhalten.

Einerseits habe sich die Situation für die Städte aufgrund des heute zu beschließenden Doppelhaushaltes verschärft. Andererseits habe es in den vergangenen Jahren eine Hochkonjunktur gegeben, die nun abschwäche. In Verbindung mit der deutlichen Abhängigkeit der Kreisumlage von der Stadt Monheim führe dies für die kreisangehörigen Städte zu Sorgen. Falls in Monheim der Ertrag aus der Gewerbesteuer sinken sollte, kämen hohe Beträge auf die übrigen Städte zu, was wiederum zu schweren Verwerfungen in den dortigen Haushalten führen würde.

Ferner prognostiziert Bürgermeisterin Alkenings, dass Monheim den begonnenen Weg seiner Benehmensherstellung, nämlich das Durchklagen von Teilkreisumlagen, fortsetzen werde, sodass die anderen Städte dadurch zusätzlich belastet werden könnten. Natürlich könnten auch die anderen Städte versuchen aus der gemeinsamen Finanzierung auszusteigen. Für die Stadt Hilden verweist sie auf das Beispiel der dort fehlenden Kreisstraßen.

Mithin stellt Bürgermeisterin Alkenings Statistiken vor (**siehe Anlage 2**).

Abschließend führt Bürgermeisterin Alkenings aus, dass sie das Benehmen zum Kreishaushalt nicht herstellen werde und bittet an dieser Stelle um Werbung einer nachhaltigen Haushaltspolitik durch die entsendeten Kreistagsmitglieder in der Landschaftsversammlung sowie um Berücksichtigung der Auswirkungen der Entscheidungen der Kreistagsmitglieder auf die Finanzlage der kreisangehörigen Städte

KA Schulte freut sich über das Erscheinen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Er merkt an, dass dies auch in der Vergangenheit erfreulich gewesen wäre.

Ferner erklärt er, dass das Bild der kreisangehörigen Städte und deren Räte über den Kreis, welches der Kreistag über die Presse wahrnehme, nicht sehr positiv sei. Das Bashing der nächsthöheren Ebene sei beliebt, aber meist wenig sinnvoll. Der Kreistag habe sich alle seine Entscheidungen nie leicht gemacht. Man solle sich bei Aufgabenerledigungen nicht gegensei-

tig das Wasser abgraben, sondern vielmehr Synergieeffekte aus einer gemeinsamen Zusammenarbeit gewinnen.

Auch die Digitalisierungsdividende könne niemals eingefahren werden, wenn jede kreisangehörige Stadt ihre eigene IT habe und diese einer gemeinsamen Lösung gegenüber nicht offen seien.

Bezogen auf die vielen Fragen, ob die eingesetzten Stellen des Kreises wirklich notwendig seien, beziehe er sich auf den Bereich Tourismus, bei welchem die SPD-Fraktion in der Abstimmung unterlegen sei, sodass dort weitere Stellen geschaffen werden. Die Tourismus-Stellen werden allerdings seitens der kreisangehörigen Städte geschätzt und positiv gesehen. Dies bilde für ihn einen Widerspruch.

Darüber hinaus sei zu beachten, dass Stellen, die aktuell nicht wiederbesetzt werden können, wie beispielsweise im Sozial- oder Ausländeramt, nicht einfach gestrichen werden können.

Die Städte sollten konkrete Aussagen treffen, bei welchen Aufgaben der Kreis entbehrlich sei – und an diesen Entscheidungen dann die Mitverantwortung tragen.

Abschließend macht KA Schulte deutlich, dass jede Aussage der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister seitens der Kreistagsabgeordneten ernst genommen werde.

KA Völker führt aus, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister das Gefühl vermitteln, dass der Kreis Mettmann nicht wisse, was er tue.

Er betont, dass Kreisdirektor und Kreiskämmerer Richter sich stets gerne mit den Kämmerern der kreisangehörigen Städte auseinandersetze.

Ihm missfalle, dass die kreisangehörigen Städte bei Einsparungen des Kreises von Kosten, wie die nun vorliegenden 1,5% bei der Personalkostenbewirtschaftung, keine Rückmeldung zeigen.

Zudem betont er, dass jeder Cent, den der Kreis nicht ausgibt, unmittelbar an die Städte zurückgegeben wird. Die Landschaftsversammlung habe die Umlage um 0,1 % gesenkt; auch dieses Geld sei direkt an die Städte weitergegeben worden.

Zu bedenken sei auch, dass 50% der Kreisumlage vom Kreis Mettmann direkt an den Landschaftsverband weitergegeben werden.

Darüber hinaus sei der Kreis gerne bereit zu diskutieren, allerdings nicht nur im Kontext wünschenswerter Einsparungen.

Abschließend sei unstrittig, dass jeder Kreistagsabgeordnete aus einer Stadt komme und sich für diese und ihre Interessen engagiert einsetze.

KA Ruppert gibt zu bedenken, dass die Kreisumlage natürlich ein kritischer Punkt sei.

Allerdings fehle ihm bei der von Bürgermeisterin Alkenings dargestellten Statistik (**Anlage 2**) die Komponente der Steuereinnahmen, die auch besonders stark gestiegen seien. Insofern dürften hier keine schiefen Bilder erzeugt werden.

Es sei klar, dass in Zukunft zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Städten Diskussionen darüber zu führen sind, welche Aufgaben noch erfüllt werden können und welche generell überhaupt benötigt werden. Dies sollte in jedem Fall offen, fair und gemeinsam geschehen.

Nachdem KA Dr. Ibold sich für das Kommen und die Reden sowie die Dialogbereitschaft von Bürgermeisterin Alkenings sowie Bürgermeister Schneider bedankt hat, merkt er an, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister generell häufiger in den Kreistag kommen sollten.

Zudem möchte er daran erinnern, dass der Klimaschutz ein großes Thema sei, bei welchem die kreisangehörigen Städte mit dem Kreis zusammenarbeiten könnten.

Auch im Sozialbereich könne man mit den kreisangehörigen Städten stärker gemeinsam arbeiten.

Überdies merkt KA Dr. Ibold an, dass die Zusammenarbeit im Bereich EDV zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Städten nicht umgesetzt werden konnte.

KA Küppers stellt dar, dass es gilt Synergien zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Städten zu schaffen. Es mache ihm Angst, falls Aufgaben in Zukunft aufgrund von Personalmangel im Ausland durchgeführt werden müssten.

Landrat Hendele macht deutlich, dass der Kreis Mettmann von den ihm zugewiesenen Aufgaben abhängig sei, sprich von Entscheidungen aus Brüssel, Berlin oder Düsseldorf. Dabei sei auch dieser Doppelhaushalt geprägt von fehlenden Schlüsselzuweisungen. Zudem habe man nur eine geringe Anzahl an freiwilligen Aufgaben.

Bürgermeister Schneider bringt an, dass seine Worte nicht als Angriff verstanden werden sollen, sondern es vielmehr um eine künftig verstärkte Zusammenarbeit auf Augenhöhe gehe. Ihm sei bewusst, dass der Kreis wenige freiwillige Aufgaben habe, doch sei dennoch zu hinterfragen, ob auch diese wenigen Aufgaben erforderlich sind.

Bezogen auf die angesprochene Zusammenarbeit im Bereich der IT fasst Bürgermeister Schneider zusammen, dass diese in den kreisangehörigen Städten viel zu differenziert sei, um Verbundlösungen zu schaffen.

Er würde es begrüßen, wenn vor den nächsten Haushaltsberatungen zwischen den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, den Kämmerern sowie den Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprechern eine Arbeitsgemeinschaft zur gemeinsamen Abstimmung zustande käme.

Beschluss:

A) Der Kreistag des Kreises Mettmann beschließt im Rahmen der Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2020/2021 bezogen auf die Ziffern 1.4, 1.5 und 3.5 der erstellten Verwaltungssynopse (Anlage 3) folgendes:

1.4: Forderung zur Reduzierung der Ertrags- und Aufwandsplanung:

Der Kreistag beschließt, die Ertrags- und Aufwandsplanung nicht in einem Umfang von 6 Mio. € zu ändern.

1.5: Globaler Minderaufwand

Der Kreistag beschließt, keinen globalen Minderaufwand in Höhe von 6 Mio. € in der Haushaltsatzung zu verankern.

3.2: Landschaftsumlage

Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Landschaftsverbandes Rheinland wird die Senkung des Hebesatzes für das Jahr 2020 ff. um 0,1 % Punkte im Haushaltsplan des Kreises Mettmann berücksichtigt und der Ansatz für die Landschaftsumlage entsprechend reduziert. Im Jahr 2020 wird der Hebesatz auf 15,1 % P. und für 2021-2024 auf 15,6% P. gesenkt und die Ansätze für die Landschaftsumlage entsprechend angepasst.

3.3: Stellenplan 2020/2021

Der Kreistag beschließt für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 eine Reduzierung der Personalkosten um jährlich 1,5%.

Der Kreistag beschließt die Absicht, jeweils 10 Stellen in den Jahren 2020 und 2021 einzusparen. Damit geht eine zusätzliche Personalkosteneinsparung von 325.000 € in 2020 und 650.000 € in 2021 einher.

3.5: Kreisumlagesenkungspotenzial aus dem 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz:

Der Kreistag lehnt einen pauschalen Abzug von 2 Mio. € im Haushaltsplan bei den Unterhaltungsaufwendungen ab.

B) Der Kreistag nimmt im Rahmen der Benehmensherstellung alle übrigen vorgebrachten Punkte zu allgemeinen Fragen und Ausführungen zu der erstellten Verwaltungssynopse (Anlage 3) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnisse:

Zif. 1.4:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zif. 1.5:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zif. 3.2:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zif. 3.3 S. 1:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Enthaltungen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zif. 3.3 S. 2:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zif. 3.5:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zu Punkt 16: Stellenplan 2020 / 2021 - Vorlage Nr. 10/031/2019/1

Wie zu Beginn der Sitzung festgelegt, wird Tagesordnungspunkt 16 an die Stelle des Tagesordnungspunktes 15 gesetzt und dort beraten.

Beschluss:

1. Der Stellenplan für das Jahr 2020 wird mit einem Gesamtstellenbestand von 1.257,7 Stellen und seinen Anlagen beschlossen.
2. Der Stellenplan für das Jahr 2021 wird mit einem Gesamtstellenbestand von 1.267,7 Stellen und seinen Anlagen beschlossen.
3. Die Verwaltung verpflichtet sich in den Jahren 2020 und 2021, im Verlauf des jeweiligen Jahres, die Aufgabenerledigung und –tiefe mit dem Ziel zu überprüfen, jeweils bis zu 10 Stellen zurückzuziehen. Die für diese Stellen erforderliche HH-Mittel werden im Jahresmittel (mit 5 Stellen pro Jahr) seitens der Verwaltung abgesetzt. - Unabhängig von Wirkungen einer Budget-Bewirtschaftung, können bereits durch diese strukturellen Maßnahmen Einspareffekte bis zu einer Größenordnung von 325.000 € realisiert werden.
4. Der Fortschritt dieser Maßnahmen und darüber hinaus gehende Effekte werden durch eine erweiterte Aufgaben- und Prozesskritik, unter verstärkter Nutzung von Digitalisierungswirkungen und einem gezielten Qualitätsmanagement erzeugt. Die Umsetzung wird durch KW- und KU-Vermerke der so identifizierten Stellen abgesichert. – Die Aufgabenkritik beinhaltet auch eine Überprüfung erwarteter Aufgabemengen und Leis-

tungsbreiten. (KW = Stellen können [nach Vakanz] wegfallen / KU = Stellen können qualitativ + quantitativ umgewandelt werden)

5. Zur Begleitung und fortlaufenden Ausrichtung der Konsolidierung, auch über 2021 hinaus, richtet die Verwaltung eine Stellenplankommission ein. Die Vorschläge der Stellenplankommission sind in die Verwaltungskonferenz einzubringen und dort abschließend zu entscheiden.
6. Zur Jahresmitte und zum Jahresende wird dem Kreisausschuss jeweils über die Fortschritte der Konsolidierungsmaßnahmen berichtet.

Abstimmungsergebnisse:

Zif. 1 und 2:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zif. 3, 4, 5 und 6:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Enthaltung der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zu Punkt 17: Personalkostenbewirtschaftung - Budgetentwicklung 2020 / 2021 - Vorlage Nr. 01/020/2019/1

Wie zu Beginn der Sitzung festgelegt, wird Tagesordnungspunkt 17 an die Stelle des Tagesordnungspunktes 16 gesetzt und dort beraten.

KA Völker führt aus, dass für ihn das Budget und nicht der Stellenplan den Kernpunkt darstelle.

KA Schulte verdeutlicht, dass die SPD-Fraktion heute, wie auch im Kreisausschuss am 09.12.2019, gegen diese Vorlage stimmen werde. Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass die Personalplanung nicht von oben herab funktioniere, sondern vielmehr die einzelnen Aufgaben analysiert werden müssen. Sowohl das Budget, als auch die Stellen konnten nie in ihrem vollen Umfang genutzt werden.

Nach kurzer Diskussion entscheidet man sich, nur über die (Ergänzungs-)vorlage und nicht zusätzlich über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, FDP und UWG-ME abzustimmen.

men, da der Inhalt dieses im Kreisausschuss am 09.12.2019 beschlossenen Antrags inzwischen in der Vorlage enthalten sei.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt für das Jahr 2020 ein Netto-Personalkostenbudget i.H.v. 79,109 Mio. € und für das Jahr 2021 ein Netto-Personalkostenbudget i.H.v. 81,199 Mio. €.

Diese Ansätze beinhalten bereits die einmaligen Einsparungen i.H.v. jeweils 1,5% des ursprünglichen Ansatzes.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

- 32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
- 19 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
- 9 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
- 3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
- 2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
- 2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
- 1 Enthaltung der Gruppe AfD
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zu Punkt 18: Haushalt 2020/2021
1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2020/2021
a) Gesamtergebnisplan
b) Gesamtfinanzplan
2. Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2020/2021
- Vorlage Nr. 20/056/2019/1

Zunächst nehmen KA K. Müller, KA Küppers und KA Schulte, KA Hagling, KA Völker, KA Küchler, KA Dr. Ibold sowie KA Schneider in dieser Reihenfolge zum Haushalt 2020/2021 Stellung.

Alle Reden sind der Niederschrift als **Anlagen 3 bis 10** beigelegt.

Hinweis:

Durch Überschreitung der Redezeit ist ein Betrag in Höhe von 410 € zusammengekommen, den die Rednerinnen und Redner gespendet haben und den der Landrat auf 500 € aufstockt. Die Spenden sollen dem „Förderverein Initiative 1000 Schulen“ zu Gute kommen.

Herr Richter führt aus, dass es in diesem Jahr keinen umfangreichen Begleitband zum Haushalt gebe, sondern eine in Art und Umfang reduzierte Kurzfassung über die wirtschaftliche Situation der kreiseigenen Töchter.

Dem Vorschlag von Landrat Hendele, den Veränderungsantrag der CDU-Fraktion „Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Dächern“ zum Produkt 011301 „Verwaltungsgebäude einschl. Bauhof“ sowie den Veränderungsantrag der Fraktion UWG-ME „Dachbegrünung auf kreiseigenen Dächern“ zum Produkt 011301 „Verwaltungsgebäude einschl. Bauhof“ wie die übrigen Anträge zum Thema Klimaschutz in die Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz zu verweisen, stimmen die jeweiligen Fraktionen einstimmig zu.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass diese Produkte sodann nochmals einzeln abzustimmen seien.

In Bezug auf die Abstimmungen zum Haushalt erläutert Landrat Hendele, dass drei Veränderungsanträge der Verwaltung vorliegen. Einer davon zum Produktbereich 01 und zwei Anträge zum Produktbereich 16.

Der Kreistag berät und beschließt den Gesamthaushalt auf Basis der Produktbereiche 01 – 17. Danach schließt sich die Gesamtabstimmung des Kreistages über den Gesamtergebnisplan, den Gesamtfinanzplan und über die Haushaltssatzung an.

Landrat Hendele verweist auf die in der Vorlage integrierte Übersicht der Beratungsreihenfolge. Es folgt die Abstimmung über die Produktbereiche.

Beschluss:

1. Haushaltsplan des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2020/2021

a) Gesamtergebnisplan

b) Gesamtfinanzplan

Die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beschlossenen Ansatzänderungen der Produkte und Produktbereiche werden in den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2020/2021 übernommen.

Bei der Festsetzung der Kreisumlage wurde die Finanzsituation der kreisangehörigen Städte dahingehend berücksichtigt, dass ihnen genügend Mittel verbleiben, um die Personal- und Sachausgaben für Pflichtaufgaben im eigenen und übertragenen Wirkungskreis bestreiten zu können und darüber hinaus noch ein finanzieller Spielraum für Maßnahmen im Bereich der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben verbleibt.

Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2020/2021

Aufgrund der §§ 53 ff der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 646), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Zweiten Gesetzes zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften vom 18.12.2018 (GV NRW S. 759) und der §§ 77 ff der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlrechtlicher Vorschriften vom 11.04.2019 (GV NRW S. 202) hat der Kreistag des Kreises Mettmann am

folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2020 und 2021, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Mettmann voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

	in 2020	in 2021
Im Ergebnisplan mit		
Gesamtbetrag der Erträge auf	624.450.763 €	655.545.457 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	642.762.350 €	655.545.457 €
Im Finanzplan		
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	610.166.313 €	640.907.007 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	625.742.950 €	634.369.550 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	38.862.300 €	8.985.500 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf festgesetzt	35.894.750 €	16.472.850 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird

für 2020 auf	946.144 €
für 2021 auf	0 €

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird

für 2020 auf	41.482.400 €
für 2021 auf	25.109.550 €

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird

für 2020 auf	18.311.587 €
für 2021 auf	0 €

und die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird

für 2020 und 2021 auf	0 €
-------------------------------------	-----

festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird

für 2020 und 2021 auf	90.000.000 EUR
-------------------------------------	----------------

festgesetzt.

§ 6

a) Kreisumlage

Zur Deckung des durch sonstige Erträge nicht gedeckten Finanzbedarfs wird von den Gemeinden gemäß § 56 Abs. 1 und 2 KrO NRW eine Kreisumlage erhoben.

Der Umlagesatz der Gemeinden wird für das Haushaltsjahr 2020 auf 29,21 v. H. bzw. das Haushaltsjahr 2021 auf 31,42 v. H. der jeweils für 2020 bzw. 2021 geltenden Bemessungsgrundlagen festgesetzt. Die Kreisumlage ist zu ¼ der Jahreszahllast jeweils am 15. März, 15. Juni, 15. September und 15. Dezember des Jahres 2020 bzw. 2021 fällig.

b) Mehrbelastung für die Berufskollegs des Kreises Mettmann

Mit den Aufwendungen der Berufskollegs des Kreises Mettmann werden gemäß § 56 Abs. 4 KrO NRW die beteiligten Städte auf der Grundlage der Schülerzahlen nach dem Stand vom 15.10.2018 für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 wie folgt belastet:

Stadt	Mehrbelastung 2020	%-Anteil 2020	Mehrbelastung 2021	%-Anteil 2021
Erkrath	783.083,78 €	1,05%	857.449,49 €	1,14%
Haan	613.415,66 €	1,09%	671.669,11 €	1,19%
Heiligenhaus	760.710,11 €	1,78%	832.951,08 €	1,95%
Hilden	1.113.097,65 €	1,12%	1.218.803,31 €	1,22%
Langenfeld	574.261,57 €	0,46%	628.796,25 €	0,50%
Mettmann	1.172.761,35 €	1,99%	1.284.132,52 €	2,18%
Monheim am Rhein	331.878,25 €	0,07%	363.395,31 €	0,08%
Ratingen	2.067.714,19 €	0,89%	2.264.075,03 €	0,98%
Velbert	2.675.536,45 €	1,92%	2.929.619,35 €	2,10%
Wülfrath	648.841,00 €	2,09%	710.458,54 €	2,29%
Gesamt	10.741.300,00 €		11.761.350,00 €	

* = %-Anteil an den Umlagegrundlagen der jeweiligen Gemeinde nach der 1. Modellrechnung zum FFG 2020 vom 06.11.2019

Die Mehrbelastung für die Berufskollegs ist in Teilbeträgen jeweils am 01. April und 01. Oktober des Jahres 2020 bzw. 2021 fällig.

c) **Teilkreisumlage für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr**

Die Umlage des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr wird gemäß § 56 Abs. 6 KrO NRW nach den Buskilometer-Leistungen auf die betroffenen Städte, unter Berücksichtigung des sich aus der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH (KVGM) ergebenden finanziellen Vorteils, umgelegt. Die Belastung in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 verteilt sich wie folgt:

Stadt	Teilkreisumlage 2020	%-Anteil 2020	Teilkreisumlage 2021	%-Anteil 2021
Erkrath	1.439.600 €	1,92	1.505.650 €	2,01
Haan	970.350 €	1,72	1.018.550 €	1,81
Heiligenhaus	651.850 €	1,53	683.700 €	1,60
Hilden	1.299.800 €	1,31	1.371.200 €	1,38
Langenfeld	1.160.350 €	0,93	1.201.250 €	0,96
Mettmann	1.317.650 €	2,24	1.391.150 €	2,37
Ratingen	3.697.600 €	1,59	3.924.950 €	1,69
Velbert	934.650 €	0,67	961.100 €	0,69
Wülfrath	580.350 €	1,87	593.750 €	1,91
Gesamt	12.052.200 €		12.651.300 €	

* = %-Anteil an den Umlagegrundlagen der jeweiligen Gemeinde nach der 1. Modellrechnung zum GFG 2020 vom 06.11.2019

Die Umlage des Zweckverbandes VRR setzt sich aus der allgemeinen Verbandsumlage, der BVR- und der SPNV-Umlage, dem Zahlungsausgleich aus der jeweiligen Ergebnisrechnung sowie dem Eigenaufwand der VRR AöR und dem des Zweckverbandes VRR zusammen.

Die Fälligkeit der Umlage orientiert sich an den in der Haushaltssatzung des Zweckverbandes VRR festgesetzten Zahlungszeitpunkten.

Der Zahlungszeitpunkt der Zinsen, die sich aus dem Differenzbetrag zwischen Soll-Umlage und Ist-Umlage des Zweckverbandes VRR ergeben, orientiert sich an der gesonderten Festsetzung des Zweckverbandes. Zinsen, die der Zweckverband für nicht fristgerecht eingegangene Umlagebeiträge erhebt, werden ebenfalls gesondert vom Verursacher abgefordert.

d) Teilkreisumlagen für die Förderschulen für geistige Entwicklung des Kreises Mettmann

Mit den Aufwendungen der Förderschulen für geistige Entwicklung des Kreises Mettmann werden gemäß § 56 Abs. 4 KrO NRW die beteiligten Städte einrichtungsscharf und auf der Grundlage der relevanten Schülerzahlen in den Jahren 2020 bzw. 2021 wie folgt belastet:

Helen-Keller-Schule Ratingen				
Stadt	Teilkreisumlage	%-Anteil	Teilkreisumlage	%-Anteil
	2020	2020	2021	2021
Erkrath	322.360,83 €	0,43%	333.782,98 €	0,45%
Mettmann	460.940,80 €	0,78%	477.282,11 €	0,81%
Ratingen	1.121.592,89 €	0,48%	1.161.938,39 €	0,50%
Gesamt	1.904.894,52 €		1.973.003,48 €	

Schule am Thekbusch Velbert				
Stadt	Teilkreisumlage	%-Anteil	Teilkreisumlage	%-Anteil
	2020	2020	2021	2021
Haan	13.833,09 €	0,02%	13.761,16 €	0,02%
Heiligenhaus	265.777,40 €	0,62%	264.014,52 €	0,62%
Ratingen	13.833,09 €	0,01%	13.761,16 €	0,01%
Velbert	1.330.234,00 €	0,95%	1.322.433,10 €	0,95%
Wülfrath	190.033,07 €	0,61%	188.918,17 €	0,61%
Gesamt	1.813.710,64 €		1.802.888,12 €	

Schule an der Virneburg Langenfeld				
Stadt	Teilkreisumlage	%-Anteil	Teilkreisumlage	%-Anteil
	2020	2020	2021	2021
Haan	55.808,97 €	0,10%	58.742,39 €	0,10%
Hilden	751.747,27 €	0,75%	791.420,98 €	0,79%
Langenfeld	435.873,95 €	0,35%	459.273,21 €	0,37%
Monheim am Rhein	465.167,53 €	0,10%	489.697,86 €	0,10%
Gesamt	1.708.597,72 €		1.799.134,44 €	

* = %-Anteil an den Umlagegrundlagen der jeweiligen Gemeinde nach der 1. Modellrechnung zum FFG 2020 vom 06.11.2019

Die Teilkreisumlage für die Förderschulen für geistige Entwicklung ist in Teilbeträgen jeweils am 01. April und 01. Oktober des Jahres 2020 bzw. 2021 fällig.

e) Teilkreisumlagen für die Förderzentren des Kreises Mettmann

Mit den Aufwendungen der Förderzentren des Kreises Mettmann werden gemäß § 56 Abs. 4 KrO NRW die beteiligten Städte einrichtungsscharf und auf der Grundlage der jeweils relevanten Schülerzahlen in 2020 bzw. 2021 wie folgt belastet:

Förderzentrum West				
Stadt	Teilkreisumlage	%-Anteil	Teilkreisumlage	%-Anteil
	2020	2020	2021	2021
Erkrath	15.612,28 €	0,02%	16.311,58 €	0,02%
Haan	5.208,31 €	0,01%	5.441,30 €	0,01%
Heiligenhaus	12.202,15 €	0,03%	12.721,46 €	0,03%
Hilden	1.772,40 €	0,00%	1.825,56 €	0,00%
Mettmann	548.922,51 €	0,93%	600.037,48 €	1,02%
Ratingen	897.266,44 €	0,39%	975.138,74 €	0,42%
Velbert	1.772,40 €	0,00%	1.825,56 €	0,00%
Wülfrath	117.165,48 €	0,38%	125.151,27 €	0,40%
Gesamt	1.599.921,96 €		1.738.452,96 €	

Förderzentrum Süd				
Stadt	Teilkreisumlage	%-Anteil	Teilkreisumlage	%-Anteil
	2020	2020	2021	2021
Haan	1.772,40 €	0,00%	1.825,56 €	0,00%
Hilden	26.240,96 €	0,03%	29.360,33 €	0,03%
Langenfeld	465.121,71 €	0,37%	535.519,39 €	0,43%
Monheim am Rhein	883.006,89 €	0,19%	1.005.259,36 €	0,21%
Gesamt	1.376.141,96 €		1.571.964,64 €	

Förderzentrum Nord				
Stadt	Teilkreisumlage	%-Anteil	Teilkreisumlage	%-Anteil
	2020	2020	2021	2021
Heiligenhaus	320.907,53 €	0,75%	338.521,97 €	0,79%
Ratingen	20.340,14 €	0,01%	20.738,17 €	0,01%
Velbert	1.188.294,93 €	0,85%	1.266.378,29 €	0,91%
Wülfrath	1.772,44 €	0,01%	1.825,56 €	0,01%
Gesamt	1.531.315,04 €		1.627.464,00 €	

Förderzentrum Mitte				
Stadt	Teilkreisumlage	%-Anteil	Teilkreisumlage	%-Anteil
	2020	2020	2021	2021
Erkrath	566.811,78 €	0,76%	590.240,85 €	0,79%
Haan	281.315,61 €	0,50%	291.979,73 €	0,52%
Hilden	585.260,99 €	0,59%	598.057,75 €	0,60%
Langenfeld	17.623,47 €	0,01%	17.570,92 €	0,01%
Monheim a.R.	3.806,32 €	0,00%	3.643,09 €	0,00%
Gesamt	1.454.818,16 €		1.501.492,36 €	

* = %-Anteil an den Umlagegrundlagen der jeweiligen Gemeinde nach der 1. Modellrechnung zum GFG 2020 vom 06.11.2019

Die Teilkreisumlage für die Förderzentren des Kreises Mettmann ist in Teilbeträgen jeweils am 01. April und 01. Oktober des Jahres 2020 bzw. 2021 fällig.

f) Teilkreisumlagen für die integrativen und heilpädagogischen Kindergärten des Kreises Mettmann

Mit den Aufwendungen der integrativen und heilpädagogischen Kindergärten des Kreises Mettmann werden gemäß § 56 Abs. 4 KrO NRW die beteiligten Städte einrichtungsscharf und auf der Grundlage der jeweils relevanten Fallzahlen in 2020 bzw. 2021 wie folgt belastet:

Integrative Kindertagesstätte Velbert				
Stadt	Teilkreisumlage 2020	%-Anteil 2020	Teilkreisumlage 2021	%-Anteil 2021
Velbert	686.187,24 €	0,492	871.705,84 €	0,625
Gesamt	686.187,24 €		871.705,84 €	

Heilpädagogische Tagesstätte Ratingen				
Stadt	Teilkreisumlage 2020	%-Anteil 2020	Teilkreisumlage 2021	%-Anteil 2021
Erkrath	109.287,60 €	0,146	188.462,52 €	0,252
Mettmann	9.107,28 €	0,015	15.705,12 €	0,027
Ratingen	100.180,12 €	0,043	172.757,36 €	0,074
Gesamt	218.575,00 €		376.925,00 €	

Heilpädagogische Kindertagesstätte Mettmann				
Stadt	Teilkreisumlage 2020	%-Anteil 2020	Teilkreisumlage 2021	%-Anteil 2021
Erkrath	28.570,28 €	0,038	52.073,40 €	0,070
Mettmann	123.804,72 €	0,211	225.651,60 €	0,384
Gesamt	152.375,00 €		277.725,00 €	

Heilpädagogisch / Integrative Kindertagesstätte des Kreises Mettmann in Langenfeld				
Stadt	Teilkreisumlage 2020	%-Anteil 2020	Teilkreisumlage 2021	%-Anteil 2021
Haan	12.031,92 €	0,021	15.626,64 €	0,028
Hilden	60.160,24 €	0,060	78.133,20 €	0,078
Langenfeld	481.282,84 €	0,386	625.065,16 €	0,502
Gesamt	553.475,00 €		718.825,00 €	

* = %-Anteil an den Umlagegrundlagen der jeweiligen Gemeinde nach der 1. Modellrechnung zum GFG 2020 vom 06.11.2019

Die Teilkreisumlage für die integrativen und heilpädagogischen Kindergärten des Kreises Mettmann ist in Teilbeträgen jeweils am 01. April und 01. Oktober des Jahres 2020 bzw. 2021 fällig.

Erfolgt die Wertstellung nicht am Fälligkeitstag, können für die ausstehenden Beträge bei allen Umlagearten gemäß §§ 247, 288 BGB Verzugszinsen in Höhe von 2 % über dem Basiszinssatz erhoben werden.

§ 7

- a) Bei den im Stellenplan als "künftig umzuwandeln" (ku-Vermerk) bezeichneten Planstellen sind die Tätigkeitsmerkmale des TVöD bzw. die funktionsgerechte Bewertung der Beamtenstelle zu beachten; die im Stellenplan mit "künftig wegfallend" (kw-Vermerk) bezeichneten Planstellen entfallen bei Freiwerden der Planstelle.
- b) Die an den Landschaftsverband zu entrichtende Umlage beträgt für 2020 15,1 v. H. und für 2021 15,6 v. H. der maßgeblichen Bemessungsgrundlagen.

Abstimmungsergebnisse:

Veränderungsantrag 1 der Verwaltung

Produkt: 010704 Allgemeine Personalwirtschaft

Thema: Personalkostenbewirtschaftung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

- 32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
- 19 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
- 9 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
- 3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
- 2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
- 2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
- 1 Enthaltung der Gruppe AfD
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produkt 010704 Allgemeine Personalwirtschaft

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

- 32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
- 19 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
- 9 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
- 3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
- 2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
- 2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
- 1 Nein-Stimme der Gruppe AfD
- 1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Veränderungsantrag der CDU-Fraktion

Produkt: 011301 Verwaltungsgebäude einschl. Bauhof

Thema: Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Dächern

Abstimmungsergebnis: Verweisung ohne Beschluss einstimmig angenommen

Veränderungsantrag der Fraktion UWG-ME

Produkt: 011301 Verwaltungsgebäude einschl. Bauhof

Thema: „Dachbegrünung auf kreiseigenen Dächern“

Abstimmungsergebnis: Verweisung ohne Beschluss einstimmig angenommen

Produkt 011301 Verwaltungsgebäude einschl. Bauhof

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Bei 1 Enthaltung der Gruppe AfD.

Produktbereich 01 Innere Verwaltung

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produktbereich 02 Sicherheit und Ordnung

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Bei 9 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Produktbereich 04 Kultur und Wissenschaft

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produktbereich 05 Soziale Leistungen

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produktbereich 07 Gesundheitsdienste

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produktbereich 08 Sportförderung

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produktbereich 09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Bei 3 Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE.

Produktbereich 10 Bauen und Wohnen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Ja-Stimme der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 11 Ver- und Entsorgung

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Bei 9 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und 3 Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE.

Produktbereich 13 Natur- und Landschaftspflege

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produktbereich 14 Umweltschutz

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Ja-Stimme der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Bei 3 Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE.

Veränderungsantrag 2 der Verwaltung

Produkt: 160101 Allgemeine Umlagen und Zuweisungen

Thema: Reduzierung der Kreisumlagen und Teilkreisumlagen aufgrund der Beratungsergebnisse

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Bei 1 Enthaltung der Gruppe AfD.

Produkt 160101 Allgemeine Umlagen und Zuweisungen

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Bei 1 Enthaltung der Gruppe AfD.

Veränderungsantrag 3 der Verwaltung

Produkt: 160102 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Thema: Anpassung Gesamtfinanzplan

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Bei 1 Enthaltung der Gruppe AfD.

Produkt 160102 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Bei 1 Enthaltung der Gruppe AfD.

Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Bei 1 Enthaltung der Gruppe AfD.

Produktbereich 17 Stiftungen

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Bei 1 Enthaltung der Gruppe AfD.

Abstimmung über den Gesamtergebnisplan für die Haushaltsjahre 2020 / 2021

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Nein-Stimme der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Abstimmung über den Gesamtfinanzplan für die Haushaltsjahre 2020 / 2021

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Nein-Stimme der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Abstimmung über die Haushaltssatzung des Kreises Mettmann für die Haushaltsjahre 2020 / 2021

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Nein-Stimme der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zu Punkt 19: Verabschiedung des aktualisierten Gewaltschutzkonzeptes - Vorlage Nr. 01/028/2019

KA Dr. Pannes informiert als Berichterstatterin über den Hintergrund der Vorlage sowie den Beratungsverlauf.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt das aktualisierte Gewaltschutzkonzept.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 20:	Gutachten zur Organisationsform der Tourismusaktivitäten des Kreises Mettmann/ neanderland – Abschlussbericht - Vorlage Nr. 10/034/2019/1
---------------------	--

KA Roeloffs informiert als Berichterstatter über den Hintergrund der Vorlage sowie den Beratungsverlauf.

Auf Bitte von KA Kuchler erfolgt eine differenzierte Abstimmung der Sätze 1 und 2 sowie des Satzes 3.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine **aufgabenadäquate Weiterentwicklung der Tourismusaktivitäten** des Kreises Mettmann/ neanderland auf Basis der inhaltlichen Fortschreibung aus dem Jahr 2018 umzusetzen. Die Aufgaben des Tourismusmanagements (und des Kulturbereichs) werden weiterhin **innerhalb der Verwaltungsstruktur** wahrgenommen. Die alternativen Beteiligungsmodelle (Tourismusfonds und Pooling-Modelle) sollen einhergehend mit der intensivierten Betreuung der Leistungsträger künftig stärker entwickelt werden.

Abstimmungsergebnisse:

S. 1 und 2:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

S. 3:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Ja-Stimme der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Zu Punkt 21:	Erste Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) - "Mehr Wohnbauland am Rhein" - Stellungnahme des Kreises Mettmann im Rahmen eines zweiten Beteiligungsverfahrens - Vorlage Nr. 61/042/2019
---------------------	--

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des zweiten Beteiligungsverfahrens zur ersten Änderung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) – „Mehr Wohnbauland am Rhein“ eine Stellungnahme gemäß den Positionen aus dieser Vorlage abzugeben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Nein-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Nein-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Ja-Stimme der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

**Zu Punkt 22: 365 Euro Ticket für den Kreis Mettmann
hier: Antrag der Gruppe PIRATEN vom 20.11.2019
- Vorlage Nr. 20/061/2019**

Wie zu Beginn der Sitzung abgestimmt findet eine gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 22 und 23.1 statt.

Landrat Hendele schlägt vor, beide Anträge aufgrund der nötigen fachlichen Diskussion an den Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs zu verweisen.

KA Besche-Krastl erläutert, dass der Kreis einen Prüfauftrag aus beiden Anträgen erhalten solle, da der VRR die Ticketpreise um 75 % senken wolle.

KA Küppers und KA Küchler machen deutlich, dass sie einer Verweisung offen gegenüberstehen.

KA Welp führt aus, dass das 365€-Ticket, das Bürgerticket und andere Modellvorhaben als Anreize zur verstärkten Nutzung des ÖPNV die aktuelle Diskussion um Verkehrswende und Klimaschutz kennzeichnen.

Um diese Modelle in ihren finanziellen Auswirkungen besser verstehen zu können, sei daran erinnert, dass nur 50 % der Ticketpreise Nutzer finanziert sind. Den Rest trage die öffentliche Hand, insbesondere die kommunale Familie.

Für den Kreis Mettmann entstünden bei Einführung eines 365 € Tickets jährlich rund 16 Mio. € Mindereinnahmen, bei einem verbundweiten Angebot sogar rund 30 Mio. €.

Zudem seien künftige notwendige Preiserhöhungen, zum Beispiel durch Tarifsteigerungen bei den Beschäftigten oder steigende Energiepreise, bei dem Symbolpreis von 365 € nur schwer vermittelbar.

Das mache deutlich, ohne dauerhafte Gegenfinanzierung aus Steuermitteln ist dieses Ticket weder für die Unternehmen noch die Kommunen zu stemmen. Das sehe auch der Präsident des Verbands deutscher Verkehrsunternehmen, Ingo Wortmann, so.

Vor diesem Hintergrund habe der VRR parteienübergreifend im letzten Sitzungsblock beschlossen, dem Bund folgenden Vorschlag zur Partizipation am Klimaschutzprogramm als Modellregion mit 7,9 Mio. Einwohnern zu unterbreiten:

Einzeltickets mit kreisweiter Gültigkeit sollen 2 €, mit verbundweiter Gültigkeit 4 € kosten. Ein Monatsticket solle entsprechend auf 50 € bzw. 80 € gedeckelt werden. Dazu werden rund 200 Mio. € per anno als Fördermittel des Bundes benötigt. Das Modellprojekt solle zumindest 5 Jahre getestet werden.

Bisher habe der Bund noch keine Entscheidung getroffen.

In dieser Hinsicht bittet KA Welp die Kreistagsmitglieder auf ihre Bundestagsabgeordneten entsprechend einzuwirken.

Sollte der Bund dem Vorschlag des VRR nicht folgen, so greife der Antrag der SPD.

Zudem könne es nicht angehen, dass der Vorstoß der Stadt Düsseldorf "Modellvorhaben ermäßigte ÖPNV-Jahrestickets" an der Stadtgrenze zu Mettmann endet. Der Kreis Mettmann ist

nicht nur direkter Nachbar von Düsseldorf, sondern auch Partner im ÖPNV-Verbund. Denn die Düsseldorfer Rheinbahn sichert das ÖPNV-Angebot großer Teile des Kreisgebietes. Dem Antrag der Gruppe PIRATEN werde die SPD-Fraktion folgen.

KA Dr. Stapper stellt dar, dass eine Synthese aus beiden Anträgen und dem Vorschlag von KA Besche-Krastl sinnvoll sei. Zudem begrüße er beide Anträge im ÖPNV-Ausschuss.

Beide Anträge einstimmig an den Ausschuss für Angelegenheiten des öffentlichen Personennahverkehrs verwiesen.

Abstimmungsergebnis: ohne Beschlussempfehlung verwiesen

Zu Punkt 23: Nachträge

-keine-

Zu Punkt 23.1: Modellvorhaben ermäßigte ÖPNV-Jahrestickets hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2019 - Vorlage Nr. 20/062/2019
--

Es hat eine gemeinsame Beratung zu den Tagesordnungspunkten 22 und 23.1. stattgefunden.

Abstimmungsergebnis: ohne Beschlussempfehlung verwiesen

Zu Punkt 23.2: Bus on demand hier: Antrag der Gruppe Piraten vom 05.12.2019 - Vorlage Nr. 20/063/2019
--

KA Küppers erörtert kurz den Antrag.

KA Köster erklärt, dass das Grundproblem des öffentlichen Personennahverkehrs auch nicht durch solch eine Idee gelöst werden würde. Vielmehr stelle er die Praktikabilität in Frage und weist darauf hin insbesondere in Außenbezirken die realistischen Bedingungen zu überdenken. Dieser Antrag zielt in die verkehrte Richtung.

KA Ruppert spricht sich dieser Möglichkeit gegenüber grundsätzlich offen aus und bittet zunächst um Prüfung und anschließender Beratung im Ausschuss für Angelegenheiten des öffentlichen Personennahverkehrs.

KA Köster-Flashar schließt sich den Ausführungen von KA Ruppert an.

Anschließend wird der Antrag einstimmig an den Ausschuss für Angelegenheiten des Öffentlichen Personennahverkehrs verwiesen.

Abstimmungsergebnis: ohne Beschlussempfehlung verwiesen

**Zu Punkt 23.3: Überprüfung bestehender Verwaltungsvereinbarungen
hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.12.2019
- Vorlage Nr. 23/022/2019**

Landrat Hendele erklärt, dass die Analyse und Prüfung bestehender Vereinbarungen zu Radwegen selbstverständlich ein Arbeitsschritt bei der Erarbeitung des Radverkehrskonzeptes für den Kreis Mettmann sei; genauso wie beispielsweise auch die bisher vom Regionalrat an Landstraßen vorgenommene Priorisierung von Radwegprojekten.

KA Köster-Flashar zeigt sich über diese Entwicklung erfreut und zieht den Antrag in der Folge zurück.

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

**Zu Punkt 23.4: Resolution "Für einen gerechten Gewerbesteuersatz"
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 05.12.2019
- Vorlage Nr. 20/064/2019**

KA Schulte führt kurz zu den Hintergründen der Antragstellung aus. Die unterschiedlichen Steuerhebesätze vergrößern die Uneinigkeit zwischen den kreisangehörigen Städten. Diese Resolution solle insbesondere als Appell an den Gesetzgeber gerichtet werden. Es sei an der Zeit auch einmal mit einfachen Worten ein Zeichen zu setzen. Zudem habe der Landrat des Rhein- Kreises Neuss diese Resolution für gut befunden.

KA Lessing merkt an, dass er sich eine interfraktionelle Abstimmung vor Antragstellung gewünscht hätte, da eine Resolution einstimmig getragen werden solle.

KA Ruppert gibt zu bedenken, dass er in dieser Resolution keinen konkreten Lösungsansatz sehe.

KA Völker und KA Küchler schließen sich den Ausführungen von KA Ruppert an.

Landrat Hendele führt kurz zur Historie aus und erklärt, dass dieses Thema seit 2003 zu Diskussionen führe, man sich somit seit 16 Jahren mit der Frage beschäftige, wie man in dieser Thematik vorgehen kann und es allgemein schwierig sei, die verschiedenen Positionen auf einen Nenner zu führen.

Des Weiteren kündigt KA Völker an, dass die CDU-Fraktion gegen den Beschlussvorschlag stimmen werde.

KA Schulte gibt zu bedenken, dass immer mehr Städte dem Beispiel von Monheim am Rhein folgen und zudem auch manchmal mit einfachen Worten gesagt werden muss, dass ein solches Vorgehen nicht unter Solidarität zu subsumieren ist.

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Mettmann unterstützt die „Zonser Erklärung“, die mehr Gerechtigkeit bei der Erhebung des Gewerbesteuersatzes fordert. Steuern sollen dort gezahlt werden, wo die Gewinne erwirtschaftet werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

32 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Nein-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Enthaltungen der Gruppe PIRATEN
1 Nein-Stimme der Gruppe AfD
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

<p>Zu Punkt 23.5: Resolution zum Erhalt des Osterholzer Waldes hier: Antrag der Gruppe PIRATEN vom 06.12.2019 - Vorlage Nr. 61/049/2019</p>
--

Landrat Hendele erläutert kurz, dass der Kreis Mettmann bereits im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens als Träger öffentlicher Belange beteiligt wurde und sich in seiner Stellungnahme aus planungs- und naturschutzrechtlicher Sicht ablehnend zu dem Vorhaben geäußert und entsprechende Anregungen geltend gemacht habe. Diese wurden auch im Naturschutzbeirat vorgetragen. Die Stellungnahme des Kreises sowie alle weiteren Stellungnahmen würden derzeit von der Bezirksregierung Düsseldorf als Genehmigungsbehörde geprüft.

KA Küppers betont, dass durch die Resolution primär ein Zeichen an die Betroffenen gesetzt werden solle.

KA Köster stimmt den Ausführungen von KA Küppers zu und möchte diese Initiative unterstützen.

KA Völker regt jedoch an, vielmehr die bestehende Stellungnahme der Verwaltung als Kreistag zu unterstützen anstelle einer Resolution, da der Kreis Mettmann durch die beantragte Resolution keine neue Position einnehmen würde.

KA Dr. Ibold sowie KA Schulte stimmen dem Vorschlag von KA Völker zu.

Anschließend lässt Landrat Hendele über den modifizierten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag unterstützt die von der Verwaltung abgegebene Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens der Halde Oetelshofen in Wuppertal und Mettmann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

32 Ja-Stimmen der CDU-Fraktion
19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion
9 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 Enthaltungen der FDP-Fraktion
3 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Ja-Stimme der Gruppe AfD
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Vor Einstieg in die Beratungen des nicht-öffentlichen Teils stellt Landrat Hendele die Nichtöffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 20:13 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Michael Ruppert
(Vorsitz zu TOP 8)

gez.
Nico Hüsgen